

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend  
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen  
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 9. Dezember 2010

## Schokoladiges Fest

Marzipankartoffeln und Mandelsplitter, Baumkuchenspitzen und Blätterkrokant – in der Weihnachtszeit hat Süßes Hochkonjunktur. Von September 2009 bis Januar 2010 wanderten laut dem Marktforschungsunternehmen Nielsen 46.000 Tonnen weihnachtliche Leckereien über die Verkaufstheken, was dem deutschen Lebensmittelhandel einen Umsatz von 530 Millionen Euro bescherte. Besonders beliebt sind süße Naschereien, die man an den Tannenbaum hängen kann: Fast 20 Prozent des Gesamtumsatzes im Weihnachtsgeschäft entfielen auf essbaren Baumbehang und Kugeln zum

Verzehr – insgesamt wurden im vergangenen Winter 9.900 Tonnen von diesen Artikeln verkauft. Ein weiterer Renner waren Schoko-Weihnachtsmänner, die zusammengenommen 6.700 Tonnen auf die Waage brachten und dem Lebensmittelhandel 97 Millionen Euro in die Kassen spülten. Deutsche Weihnachtsmänner sind auch jenseits der Grenze begehrt: Rund 39 Millionen Hohlfiguren im Alugewand, so schätzt der Bundesverband der deutschen Süßwarenindustrie, dürften in diesem Jahr ins Ausland wandern – manche von ihnen bis nach Südafrika, Japan oder Australien.

## In dieser Woche

**Banken:** Die deutschen Banken haben zwei verlustreiche Jahre hinter sich, doch die Talsohle scheint durchschritten. Nun stehen die Finanzinstitute vor weiteren Herausforderungen – etwa in Form der stärkeren Regulierung des Bankensektors. Seite 2

**Nachfrage & Produktion:** Um die Krise zu überwinden, ist die deutsche Wirtschaft nicht mehr allein auf den Export angewiesen. Inzwischen kommen auch starke Impulse aus dem Inland. Dabei spielt der private Konsum eine immer größere Rolle. Seite 3

**Drei-Länder-Vergleich:** Im Gegensatz zum wirtschaftlichen Aufschwung steht ein Reformaufschwung in Deutschland noch aus. Die Nachbarländer Schweiz und Österreich waren dagegen im vergangenen Jahr Neuerungen gegenüber sehr aufgeschlossen. Dies dokumentiert das D A CH-Reformbarometer. Seite 4-5

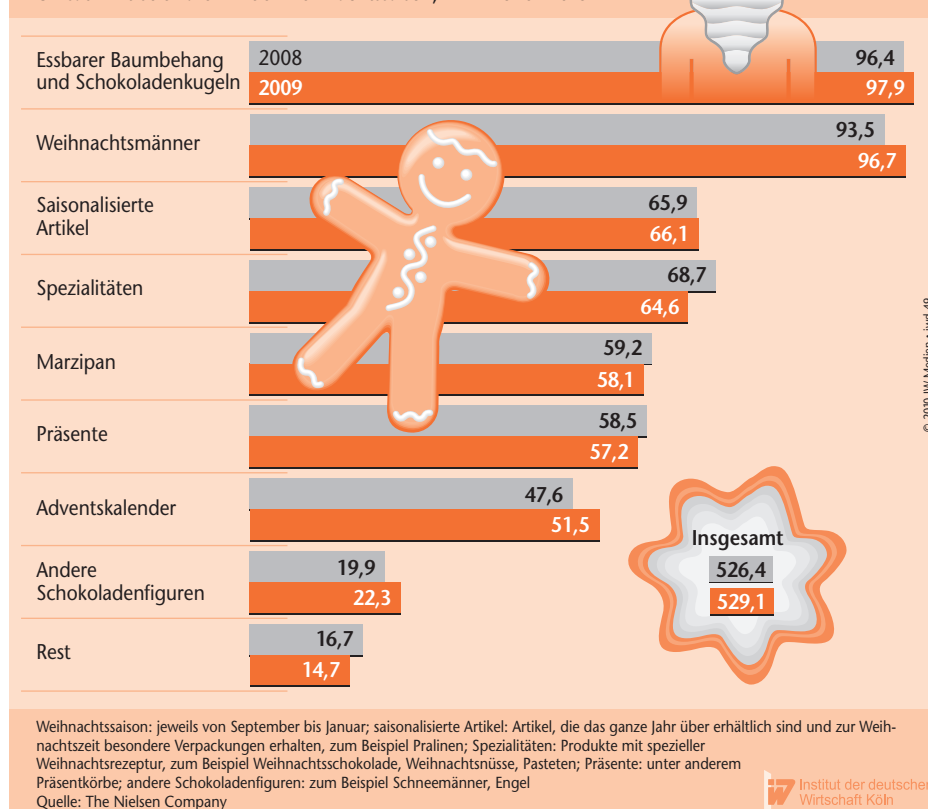
**US-Sozialsystem:** Die Wirtschaftskrise hat die Arbeitslosenquote in den USA dramatisch in die Höhe getrieben. Der US-Kongress hat deshalb 2009 zusätzliche Hilfen für Arme beschlossen. Der Preis für die Maßnahmen ist allerdings hoch. Seite 6

**Klimaschutzkonferenz:** Erneut treffen sich Regierungen und Interessengruppen zu einer großen Klimakonferenz. Dass sich die beteiligten 194 Staaten in Cancún auf ein verbindliches Klimaschutzabkommen einigen, ist aber unwahrscheinlich. Seite 7

**Logib-D:** Damit Unternehmen feststellen können, ob es in ihrer Belegschaft Lohnunterschiede gibt und woran das gegebenenfalls liegt, hat das Bundesfamilienministerium das PC-Programm „Logib-D“ entwickelt. Seite 8

### Das süße Weihnachtsgeschäft

Umsatz mit Süßwaren in der Weihnachtssaison, in Millionen Euro



## Banken

# Strengere Regeln in der Schublade

Die deutschen Banken haben zwei verlustreiche Jahre hinter sich, doch die Talsohle scheint durchschritten. Nun stehen die Finanzinstitute vor weiteren Herausforderungen. Unter anderem wird der Bankensektor stärker reguliert, wenn die Vorschläge der Baseler Kommission für Bankenaufsicht umgesetzt werden.

Von der üblichen Champagnerlaune waren die erfolgsverwöhnten Banker zuletzt weit entfernt: Im Jahr 2009 fuhren die deutschen Geldinstitute Verluste in Höhe von 2,9 Milliarden Euro ein; 2008 klappte in den Kassen sogar ein Loch von insgesamt 25 Milliarden Euro.

So langsam wendet sich das Blatt und die Geldinstitute kehren in die Gewinnzone zurück (Grafik). Ein Indiz dafür ist, dass die Institute weniger Mittel für Kreditausfälle bunkern: Im Schnitt der ersten drei Quartale 2009 haben Deutsche Bank, Commerzbank und Postbank insgesamt noch 1,78 Milliarden Euro für den Fall der Fälle auf die hohe Kante gelegt; in den ersten drei Quartalen 2010 waren es etwas mehr als 1 Milliarde Euro.

Auch wenn sie das Tal der Tränen offenbar verlassen haben, müssen sich die Banken für weitere Herausforderungen wappnen – schließlich wollen die Staaten verhindern, dass sie im Fall einer

Krise die Geldinstitute nochmal herauskaufen müssen. Die Politik will daher die Banken strengeren Vorschriften unterwerfen.

Über die Bankenregulierung befindet sich die Baseler Kommission für Bankenaufsicht. Nach ihren Vorstellungen sollen die Finanzinstitute künftigen Crashes stärker vorbeugen:

**Gemäß den Vorschlägen der Baseler Kommission – Basel III genannt – sollen sich Banken in Zukunft mit sogenanntem hartem Eigenkapital in Höhe von 7 Prozent anstatt der bislang geforderten 2 Prozent der risikogewichteten Aktiva finanzieren.**

Dies weckt Befürchtungen, dass höhere Eigenkapitalanforderungen zu einer geringeren Kreditversorgung oder sogar zu einer Kreditklemme führen. Auch wenn diese Sorge nicht ganz unbegründet ist, sollte sie auch nicht überbewertet werden:

– Selbst wenn die Banken gezwungen sind, ihre Eigenkapitalquote zu erhöhen, müssen sie für die gleiche Kreditversorgung nicht zwingend mehr Finanzmittel aufbringen. Sie können auch Fremdkapital durch Eigenkapital ersetzen, indem sie beispielsweise eigene Aktien ausgeben und mit den Einnahmen daraus Fremdkapital ablösen. Damit ändert sich lediglich die Zusammensetzung der Fi-

## Hartes Eigenkapital

Basel III sieht vor, dass Banken mehr hartes Eigenkapital vorhalten. Denn entstehen einer Bank Verluste, wird als Erstes das Eigenkapital um diese Verluste reduziert. Das gilt besonders für das eingezahlte Aktienkapital und die einbehaltenen Gewinne.

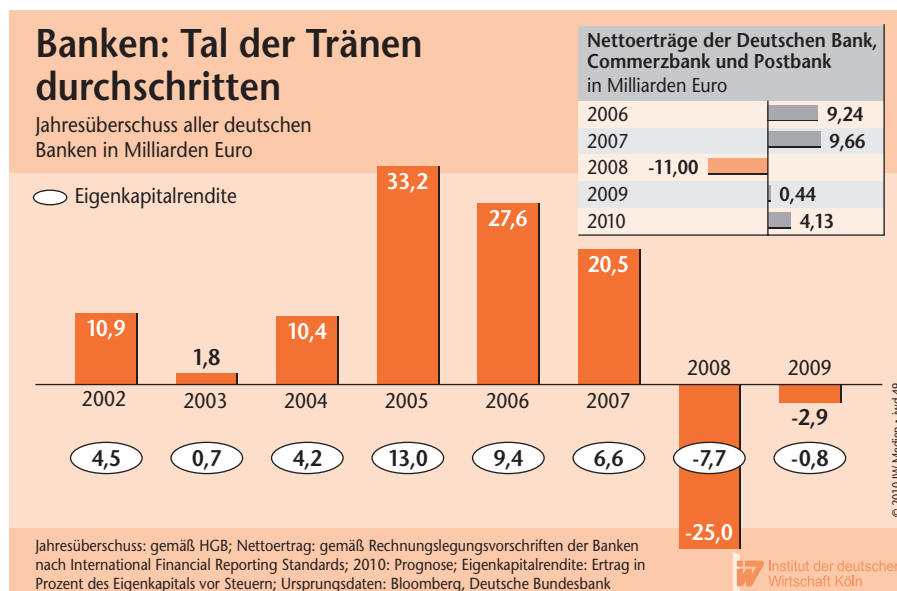
nanzierung – nicht die Höhe des einzusetzenden Kapitals.

– Oft wird befürchtet, die Kreditversorgung würde leiden, weil Eigenkapital teurer ist als Fremdkapital. Dementsprechend müssten die Banken höhere Finanzierungskosten schultern, wenn die Eigenkapitalquote steigt. Banken mit mehr Eigenkapital sind jedoch solider, und auch die Finanziere dürften mit einer dadurch bedingten geringeren Rendite einverstanden sein.

– Die deutschen Banken wiesen Mitte 2010 ein hartes Eigenkapital von zusammen rund 200 Milliarden Euro auf. Auf 2009 gerechnet hätten sie nach den neuen Regeln Eigenkapital von höchster Qualität von zusammen rund 220 Milliarden Euro ausweisen müssen. Allerdings sind darin 45 Milliarden Euro staatliche Hilfen enthalten. Gleichwohl ist die durch Basel III erforderliche Umfinanzierung im Vergleich zur Bilanzsumme relativ moderat und macht noch nicht mal 1 Prozent der aggregierten Bilanzen deutscher Banken aus.

– Schließlich bekommen die Geldhäuser viel Zeit, um die neue Form der Finanzierung einzuüben. Die Umstellung wird bis 2019 schrittweise erfolgen.

Eine Unbekannte in der Regulierungsgleichung sind die Auflagen für „systemrelevante“ Banken. Bei diesen besteht die Gefahr, dass sie bei einer Schieflage andere Institute mitreißen oder immer dann in Schwierigkeiten geraten, wenn der ganze Markt ein Problem hat. Wie dieses Risiko quantitativ erfasst werden soll, ist noch offen, und auch die Konsequenzen vor allem für die großen Institute sind schwer einschätzbar.



## Nachfrage & Produktion: Konsum stützt Wachstum



Um die Krise zu überwinden, ist die deutsche Wirtschaft nicht mehr allein auf den Export angewiesen. Inzwischen kommen auch starke Wachstumsimpulse aus dem Inland. Dabei spielt der private Konsum eine zunehmend größere Rolle – dieser war in den vergangenen Jahren durch politische Eingriffe und steigende Energiepreise immer wieder abgewürgt worden.

Der aktuelle Aufschwung ist keine Eintagsfliege: Seit dem im ersten Quartal 2009 verzeichneten konjunkturellen Tiefpunkt ist das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt durchgehend gewachsen – bis zum dritten Quartal 2010 um insgesamt 5,2 Prozent. Damit stehen die Zeichen gut, dass das Vorkrisenniveau im kommenden Jahr wieder erreicht wird.

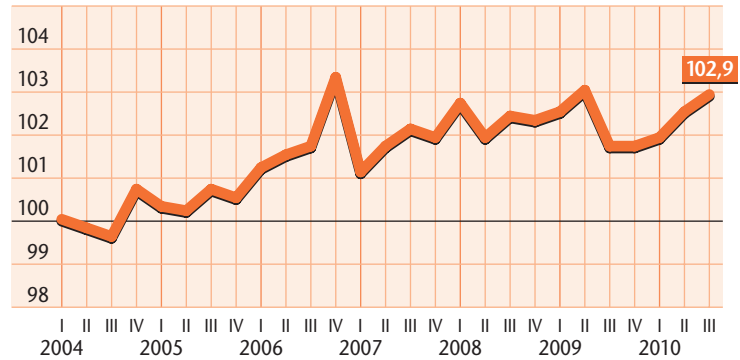
Im laufenden Jahr speist sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft bereits zu zwei Dritteln aus der Inlandsnachfrage. Nicht nur die privaten und staatlichen Investitionen treiben die Konjunktur an, auch der private Konsum erweist sich als immer stabilere Stütze. So gaben die privaten Haushalte im dritten Quartal 2010 real immerhin 1,2 Prozent mehr für Konsumgüter aus als auf dem Tiefpunkt ein Jahr zuvor.

Zu hoffen ist, dass damit ein nachhaltiger Aufwärtstrend des privaten Verbrauchs eingesetzt hat. Denn in den vergangenen Jahren war kein klarer Kurs zu erkennen – auch, weil die Politik mehrfach ihre Hände im Spiel hatte. So führte die zum Jahresbeginn 2007 in Kraft getretene Mehrwertsteuererhöhung zwar Ende 2006 beim Konsum zu markanten Vorzieheffekten – anschließend ging es jedoch wieder abwärts. Im ersten Halbjahr 2009 kurbelte die Abwrackprämie den privaten Verbrauch an – aber auch das war nur ein Strohfeuer. Hinzu kamen in den vorangegangenen Aufschwungsjahren noch steigende Rohstoffpreise, die den Verbrauchern über höhere Energierechnungen Kaufkraft für andere Konsumzwecke entzogen.

## Die Konjunktur

### Privater Konsum: Auf Erholungskurs

Private Konsumausgaben in Deutschland, preis-, arbeitstätig und saisonbereinigte Werte, 1. Quartal 2004 = 100

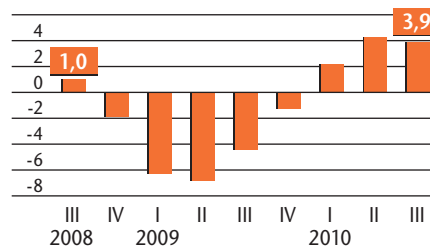


Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

### Bruttoinlandsprodukt

Quartalswerte – reale Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Jahreswerte – reale Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2007	2008	2009
	2,7	1,0	-4,7

Verwendung des Inlandsprodukts  
Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent  
III. Quartal 2010

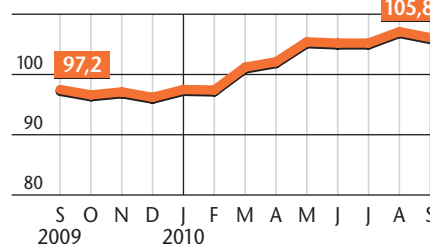
Inlandsnachfrage	2,9
Privater Konsum	1,2
Staatlicher Konsum	1,6
Ausrüstungsinvestitionen	11,4
Bauinvestitionen	4,4
Sonstige Anlagen	6,3
Ausfuhr	16,5
Einfuhr	15,2

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

### Industrieproduktion

Monatswerte  
2005 = 100; saisonbereinigt



Jahreswerte – 2005 = 100; arbeitstätig bereinigt	2007	2008	2009
	113,1	113,4	93,7

Produktion nach Wirtschaftsgruppen  
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent  
September 2010

Industrie	8,9
– Vorleistungsgüter	11,6
– Investitionsgüter	9,4
– Gebrauchsgüter	6,8
– Verbrauchsgüter	1,5
Energie	0,3
Bauhauptgewerbe	4,0
Produzierendes Gewerbe	7,9

Industrie: Produzierendes Gewerbe ohne Energie und Bauleistungen  
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Drei-Länder-Vergleich

**Deutschland ist reformmüde**

**Im Gegensatz zum wirtschaftlichen Aufschwung steht ein Reformaufschwung in Deutschland noch aus. Die Nachbarländer Schweiz und Österreich waren dagegen im vergangenen Jahr Neuerungen gegenüber sehr aufgeschlossen. Wien hat zum Beispiel eine Zuwanderungsregelung auf den Weg gebracht, die hierzulande erst ansatzweise diskutiert wird – Stichwort: Punktesystem. Den Stand der Dinge in den drei D A CH-Ländern dokumentiert das sogenannte Reformbarometer der drei Denkfabriken IW Köln, Wirtschaftskammer Österreich und Avenir Suisse.\*)**

Erst Griechenland, jetzt Irland – die Politik hat alle Hände voll zu tun, einen Euro-Rettungsschirm nach dem anderen aufzuspannen. Die konjunkturelle Erholung dagegen scheint zumindest in Deutschland ein Selbstläufer zu sein. Zum Glück, sagt der geneigte Beobachter, denn in Deutschland fällt den Regierenden zurzeit wenig ein, um die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

nachhaltig zu verbessern. „Stillstand“ ist für den Status quo der Berliner Republik deshalb noch ein freundlicher Ausdruck. In der Schweiz und in Österreich dagegen rührt sich was.

Das zeigt das D A CH-Reformbarometer 2010. Mit diesem Seismographen zeigen das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die Wirtschaftskammer Österreich und Avenir Suisse – das

**Was bewertet wird**

In das D A CH-Reformbarometer gehen ein: Regierungsbeschlüsse, Gesetzentwürfe, Änderungen während der parlamentarischen Beratung und verabschiedete Gesetze. Für die Schweiz werden auch Volksabstimmungen berücksichtigt. Die Punktevergabe richtet sich danach, ob sich die Reformvorhaben günstig auf das Wirtschaftswachstum oder die Beschäftigungssituation auswirken. Als Ausgangspunkt für den Vergleich dient der Status quo im September des Jahres 2002.

Institut der Schweizer Wirtschaft –, wie gut sich die Regierungen dieser Länder in der Arbeitsmarkt-, Sozial- sowie Steuer- und Finanzpolitik seit 2002 geschlagen haben (Kasten).

Während Deutschland lange Zeit durchaus Reformen zuwege brachte, die sich im Barometer als Hochs bemerkbar machten, überwiegen neuerdings die Tiefs. In den Nachbarländern dagegen ist es umgekehrt. Die Entwicklung zwischen Oktober 2009 und September 2010 im Einzelnen (Grafik Seite 5):

**Österreich** ist mit einem Plus von 5,3 Punkten Reformmeister 2010. Mit einem Stand von 113,1 Punkten konnte die Alpenrepublik zudem den zweiten Platz im Gesamtranking erringen.

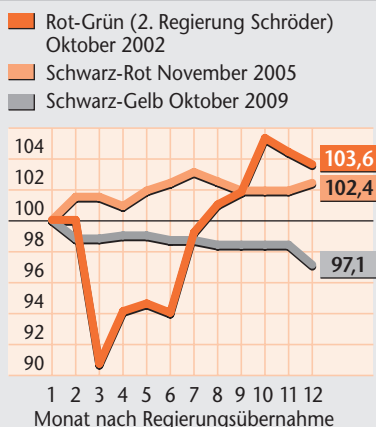
**Die Schweiz** verbuchte mit einem Plus von 4,2 Punkten ebenfalls einen kräftigen Anstieg. Der derzeitige Gesamtstand von 114,4 Punkten bedeutet in der Langzeitwertung Platz eins.

**Deutschland** bewegt sich dagegen weg von seinem 2009er Zwischenhoch. Mit einem Minus von 2,9 Punkten und einem Gesamtwert von 108,1 Punkten fällt die aktuelle Reformbilanz negativ aus. Noch im Jahr 2009 stand Deutschland an der Spitze des Drei-Länder-Rankings. Im Gegensatz zur zweiten Regierung Schröder, die die Agenda 2010 umsetzte, hat das Duo Merkel/Westerwelle bislang wenig bewegt (Kasten/Grafik).

\*) Vgl. Rolf Kroker, Thomas Puls, Robert Koza, Ladina Schauer, Rudolf Walsler: Das D A CH-Reformbarometer – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise, Ausgabe 2010, abrufbar unter: [www.iwkoeln.de](http://www.iwkoeln.de)

**Reformen: Rot-Grün am eifrigsten**

Entwicklung des Reformindikators im jeweils ersten Regierungsjahr  
Regierungsübernahme = 100



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Rot-Grün.** Im Jahr 2002 legte die Regierung Schröder einen Fehlstart hin. Das Reformbarometer stürzte wegen Steuererhöhungen und gestiegenen Sozialbeiträgen auf einen Tiefstand von 90,7 Punkten ab. Dann kam es im Zeichen der Agenda 2010 zu einer reformpolitischen Kehrtwende. Durch diesen Kraftakt lag die rot-grüne Bundesregierung nach zwölf Monaten mit 3,6 Punkten im Plus.

**Große Koalition.** Nach ihrem Amtsantritt im November 2005 verfolgte die Regierung Merkel/Steinmeier eine Politik der kleinen Schritte. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wurde gesenkt und die Unternehmenssteuerreform angeschoben. Negativ wirkten sich die Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungssteuer sowie die Gesundheitsreform aus. In der Summe stieg das Reformbarometer im ersten Jahr Schwarz-Rot aber immerhin um 2,4 Punkte.

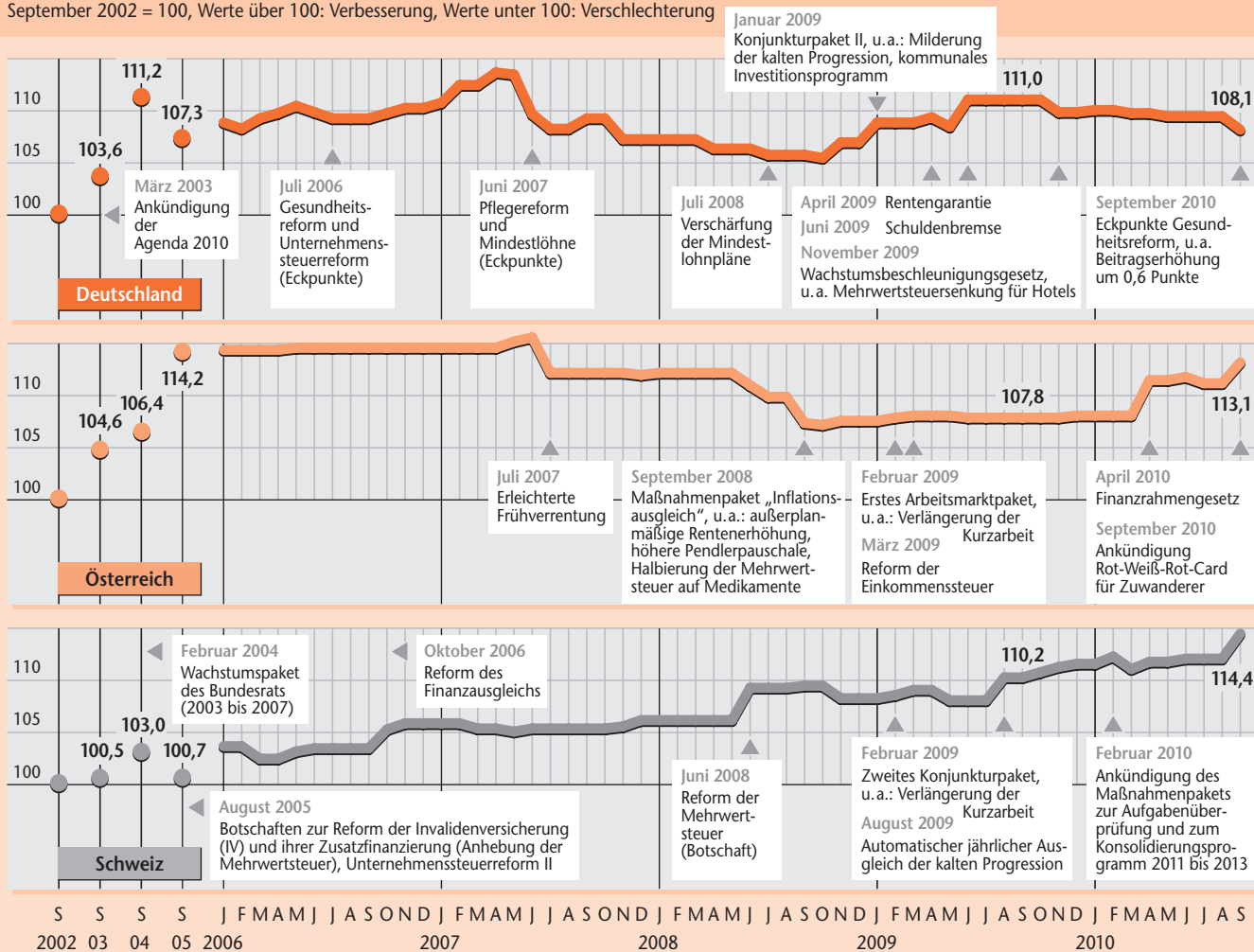
**Schwarz-Gelb.** Das Duo Merkel/Westerwelle hat zwar die Wirtschaftskrise gemeistert. Doch Neuregelungen, die sich im Reformbarometer niederschlagen würden, blieben in den Bereichen Arbeitsmarkt und Sozialpolitik bislang aus. Als Hypothek erweist sich auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Die Entscheidungen in Sachen Gesundheitspolitik haben ebenfalls dazu geführt, dass das Barometer seit der Regierungsübernahme um 2,9 Punkte abgesackt ist.

Der Betrachtungszeitraum des D A CH-Reformbarometers 2010 fällt mit dem ersten Regierungsjahr von Schwarz-Gelb zusammen. Das ist jetzt die dritte Koalition, deren Reformen im Rahmen des Barometers bewertet werden. Da die großen Reformvorhaben häufig zu Beginn einer Legislaturperiode angeschoben werden, bietet es sich an, den Reformelan der jeweiligen Regierungen in ihren ersten zwölf Amtsmonaten zu vergleichen (Grafik):



## DACH-Reformbarometer: Österreich wird Reformmeister 2010

Das DACH-Reformbarometer beurteilt, inwieweit politische Reformvorhaben in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik sowie der Steuer- und Finanzpolitik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz verändert haben. September 2002 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quellen: Avenir Suisse, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Wirtschaftskammer Österreich

iwd Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Für die neue Länderrangfolge gibt es zahlreiche Gründe. Die wichtigsten:

**Österreich.** Die seit Dezember 2008 amtierende Große Koalition aus Sozialdemokraten und Volkspartei hat nach Anlaufschwierigkeiten mittlerweile einen Weg gefunden, wie sie der zunehmenden Verschuldung Einhalt gebieten will. Das neue Bundesfinanzrahmengesetz legt fest, dass das öffentliche Defizit Jahr für Jahr zurückgeführt werden muss. Allerdings hat Österreich damit nur eine abgeschwächte Form der Schuldenbremse eingeführt. Denn die Regierung legt jedes Jahr aufs Neue per Gesetz fest, wie weit sie ihr Defizit in den jeweils kommenden vier Jahren zurückführen will – verfassungsrechtliche Regeln gibt es, anders als in Deutschland, also nicht.

**Weiter als seine Nachbarn ist Österreich in Sachen Zuwanderung. Mit**

**der Rot-Weiß-Rot-Card bekommen ausländische Fachkräfte demnächst über ein Punktesystem Zugang zum dortigen Arbeitsmarkt.**

**Schweiz.** Der Bundesrat hat in Aussicht gestellt, dass der eidgenössische Haushalt dauerhaft um 2 Milliarden Franken pro Jahr konsolidiert wird. Aber auch einige Initiativen und Vorstöße zur Vereinfachung des Steuerrechts haben das Reformbarometer steigen lassen.

Weil aber die Pensionskasse der Schweizer Bahn auf Kosten des Steuerzahlers saniert wird, ist die Reformdynamik unterm Strich etwas geringer gewesen als in Österreich.

**Deutschland.** Hierzulande tendiert das Reformbarometer vor allem wegen der verfehlten Gesundheitsreform nach unten. Negativ zu Buche schlägt z.B. die anstehende Beitragserhöhung bei den

gesetzlichen Krankenkassen. Aber auch die Rentengarantie, die für die gesetzliche Rentenversicherung allein 2010 Mehrausgaben von 1,7 Milliarden Euro bedeutet, ließ das Barometer fallen.

Im Bereich Steuern und Finanzen zittert die Barometernadel vor allem wegen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes – die Mehrwertsteuerentlastung für Hotels ließ den Luftdruck sinken.

Die Regierung Merkel muss sich deshalb daranmachen, das Gesundheitssystem nachhaltig zu reformieren. Ein Umstieg auf die Gesundheitsprämie und mehr Vertragsfreiheiten zwischen Kassen und den Anbietern von ärztlichen Leistungen stehen auf der To-do-Liste ganz oben. Den geringeren Mehrwertsteuersatz für Hotels sollte die Regierung im Zuge einer Mehrwertsteuernovelle wieder einkassieren.

## US-Sozialsystem

# Notprogramm gegen die Krise

**Die Wirtschaftskrise hat die Arbeitslosenquote in den USA dramatisch in die Höhe getrieben. Darauf war das amerikanische Sozialsystem nicht vorbereitet. Der US-Kongress hat deshalb 2009 als Teil des riesigen Konjunkturprogramms zusätzliche Hilfen für Arme beschlossen. Der Preis für das Maßnahmenpaket ist allerdings hoch.\*)**

Kaum war die Immobilienblase in den Vereinigten Staaten geplatzt, schoss die Arbeitslosenquote in die Höhe. Im Oktober 2009 betrug sie fast 10 Prozent und der Anteil der Langzeitarbeitslosen kletterte 2010 über die 40-Prozent-Marke (Grafik). Die Erwerbstätigenquote der Jugendlichen unter 25 Jahren sank gleichzeitig auf bedenkliche 45 Prozent.

Solche Entwicklungen wären selbst für europäische Sozialsysteme ein Härtestes. Für die Vereinigten Staaten bedeuteten sie den Super-GAU. Denn dort basieren die sozialen Leistungen auf der ehernen Überzeugung, dass jeder, der arbeiten will, auch Arbeit findet. Entsprechend sieht das US-Sozialsystem nur wenige Hilfsmaßnahmen für die Schwächsten vor. Einige Beispiele:

- Die – knapp bemessene – Sozialhilfe existiert nur für Alleinerziehende, und sie müssen sich Arbeit suchen, sobald ihre Kinder älter als drei Monate sind.
- Anspruch auf Lebensmittelmarken haben alle Armen, aber Alleinstehenden werden die Marken gestrichen, wenn sie länger als drei Monate arbeitslos sind.
- Das steuerpflichtige Arbeitslosengeld wird maximal sechs Monate lang gezahlt und beträgt lediglich 50 Prozent des vorherigen Bruttolohns.
- Die Arbeitslosen müssen auch auf die freiwilligen Arbeitgeberzuschüsse zur Kranken- und Rentenversicherung verzichten, wenn sie ihren Job verlieren. Denn das Versicherungssystem ist in der Regel als Gruppenversicherung über die

Unternehmen organisiert. Viele Arbeitslose können die vollen Beiträge jedoch nicht aufbringen.

In der Krise hätten diese Regelungen für gefährliche Spannungen in der Gesellschaft gesorgt und dauerhaft Existenzen gefährdet – schließlich wollten die Menschen ja arbeiten, fanden aber keinen Job. Deshalb verabschiedete der Kongress im Februar 2009 den „American Recovery and Reinvestment Act“, um die schlimmsten Notlagen abzumildern und die Wirtschaft anzukurbeln.

**Das Konjunkturpaket ist auf zwei Jahre begrenzt. Etwa 40 Prozent der 787 Milliarden Dollar sind für Soziales reserviert.**

Unter anderem wurden folgende soziale Maßnahmen installiert oder erweitert:

- Für die Laufzeit des Programms erhöhte die Regierung den Wert der Lebensmittelpflicht um 14 Prozent und die Arbeitspflicht für Alleinstehende wurde ausgesetzt.

- Um die Zukunft von Medicaid, der Krankenversicherung für Bedürftige, zu gewährleisten, überweist Washington zusätzlich 87 Milliarden Dollar an die Einzelstaaten.

- Der Anspruch auf Arbeitslosengeld wurde inzwischen auf 99 Wochen verlängert und die Zahlung um 25 Dollar pro Woche aufgestockt.

- Verlieren Arbeitslose den Arbeitgeberzuschuss zu einer Betriebskrankenkasse, können sie für ein weiteres Jahr in der Versicherung bleiben und der Bund übernimmt 65 Prozent der Versicherungsbeiträge.

Diese sozialpolitischen Maßnahmen haben ihren Teil dazu beigetragen, dass das Haushaltsdefizit der USA mittlerweile auf 1,3 Billionen Dollar gestiegen ist. Außerdem gingen die Hilfen mit teils drastischen Steuer- und Gebührenerhöhungen sowie Sozialleistungskürzungen an anderer Stelle einher:

**Bislang haben 30 US-Bundesstaaten die Landes- und Kommunalsteuern erhöht. Landesweit wurden Stellen und Gehälter im öffentlichen Dienst gestrichen bzw. gekürzt und öffentliche Schulen zusammengelegt oder geschlossen.**

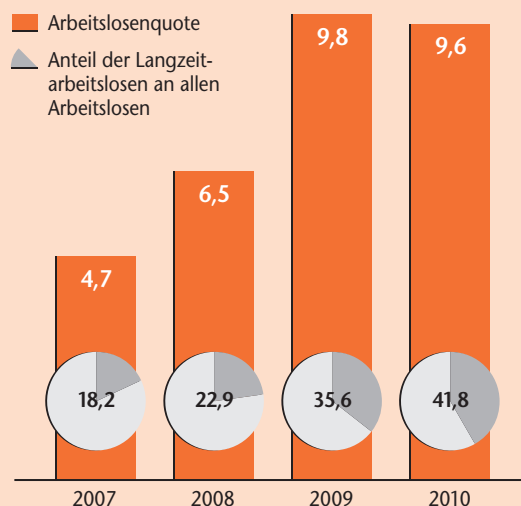
Zudem wurde der öffentliche Nahverkehr ausgedünnt, auf den vor allem die Einkommensschwachen angewiesen sind. Weil die Regierung inzwischen die teure

Gesundheitsreform verabschiedet hat, sind weitere Steuererhöhungen auch auf Bundesebene nicht auszuschließen. Jedenfalls gibt es angesichts des explodierenden Staatsdefizits keinen Spielraum dafür, die befristeten Hilfen des Konjunkturpakets auf Dauer zu gewähren.

Dennoch haben die Maßnahmen von 2009 vielen Familien geholfen, die Folgen der Rezession besser zu verkraften. Vor allem die Mittelschicht hat profitiert – was das vorrangige Ziel war. Schließlich wurde sie von der Wirtschaftskrise und der hohen Arbeitslosigkeit besonders hart getroffen, während das Sozialsystem für sie traditionell wenig bereithält.

## USA: Arbeitslosigkeit wird zum Problem

in Prozent



Stand: jeweils Oktober; Langzeitarbeitslose: länger als sechs Monate arbeitslos; Quelle: US Bureau of Labor

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

\*) Vgl. Waltraut Peter: US-Sozialpolitik in Zeiten der Krise, gefördert von der Informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln, in: IW Trends 4/2010

## Klimaschutzkonferenz

## Wenig Hoffnung auf Einigung

**Wieder einmal treffen sich Regierungen, Umwelt- und Entwicklungshilfegruppen, Wissenschaftler und Unternehmensvertreter zu einer großen Klimakonferenz. Dass sich die beteiligten 194 Staaten in Cancún auf ein verbindliches Klimaschutzabkommen einigen, ist aber mehr als unwahrscheinlich.**

Für das Klima ist es unwichtig, ob eine Tonne Kohlendioxid in Deutschland, Amerika oder China entsteht. Um den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur zu begrenzen, muss die Gesamtmenge der Emissionen reduziert werden. Ohne entsprechende Anstrengungen der größten Verursacher von Treibhausgasen wird ein effektiver Klimaschutz daher nicht möglich sein.

Deutschland selbst trägt heute nur noch gut zweieinhalb Prozent zum globalen Treibhausgasausstoß bei – 1990 waren es noch 4 Prozent. Auch wenn hierzulande große Bemühungen unternommen werden, wenig Emissionen zu erzeugen, wirkt sich das auf das weltweite Klima deshalb nur geringfügig aus.

Dies gilt umso mehr, als andere große Staaten das Ruder bislang nicht herumgerissen haben (Grafik):

**Während die Europäische Union ihre Emissionen seit 1990 um 11 Prozent gesenkt hat und Deutschland sogar 21 Prozent weniger Treibhausgase ausstößt, haben die USA als bisher größter Verursacher noch einmal 13 Prozent draufgelegt.**

China hat seine Treibhausgas-Emissionen seit 1990 sogar mehr als verdoppelt und ist damit zum weltgrößten Emittenten aufgestiegen. Weltweit ist der Treibhausgasausstoß seit 1990 um mehr als ein Fünftel angestiegen.

Weil der Schutz des Klimas nur global gelingen kann, gibt es seit rund 20 Jahren Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen. Im Jahr 1992 wurde die Klimarahmenkonvention beschlossen und auf der Rio-Konferenz unterzeichnet. Fünf Jahre später stand dann das Kyoto-Protokoll, das für eine Reihe von Län-

dern feste Einsparvorgaben vorsah. Bisher ist es das einzige globale Abkommen mit eindeutigen Reduktionszielen geblieben. Da es 2012 ausläuft, wird dringend ein Nachfolgeabkommen gebraucht, damit auch für die kommenden Jahre verbindliche Vorgaben existieren.

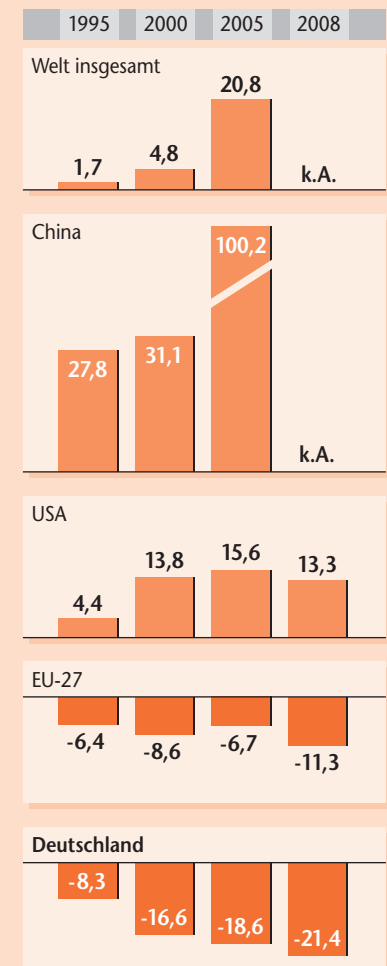
Vom Ziel, eine weitere Klimaerwärmung zu verhindern, ist man auf globaler Ebene aber weiter entfernt als je zuvor. Denn bislang überlassen manche Länder die Lasten des Klimaschutzes lieber anderen. So verweisen die USA auf China und fordern ein klareres Engagement der Schwellenländer, ehe sie selbst anspruchsvolle Verpflichtungen akzeptieren wollen. China hingegen erwartet, dass die Industrieländer vorpreschen, und stellt die eigene wirtschaftliche Entwicklung über den Klimaschutz. Europa schließlich kann auch nicht im Alleingang die Wettbewerbsfähigkeit der energieverbrauchenden Wirtschaft weiter verschlechtern.

An diesen unterschiedlichen Interessen ist schon der Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 gescheitert. Eigentlich sollte ein Nachfolgeabkommen für Kyoto unterzeichnet werden, stattdessen gab es nur ein unverbindliches Abschlussdokument, damit die Beteiligten ihr Gesicht wahren konnten. Obwohl Europa angeboten hatte, seine Emissionen bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 zu senken, wenn aus anderen Weltregionen ähnlich anspruchsvolle Selbstverpflichtungen kämen, konnte keine Übereinkunft erzielt werden. So blieb die EU bei ihrem einseitigen Reduktionsziel von 20 Prozent, Deutschland hingegen bekannte sich sogar zu einem Minus von 40 Prozent.

Dass sich die Gemengelage im mexikanischen Cancún ändert, ist praktisch ausgeschlossen. Neben einer Reihe von Detailfragen geht es in erster Linie darum, den Gesprächsfaden nicht zu verlieren und die Chance auf ein Klimaschutzabkommen in der Zukunft zu erhalten. Die nächste Gelegenheit, neue Ziele zu vereinbaren, wird dann der Klimagipfel 2011 in Südafrika sein.

## Klima: Weltweit mehr Treibhausgase

Veränderung der Treibhausgas-Emissionen gegenüber 1990 in Prozent



## Die Hauptverursacher

Treibhausgas-Emissionen 2008 in Millionen Tonnen

China	7.234,3
USA	6.924,6
Russland	2.229,6
Indien	1.866,1
Japan	1.281,9
Brasilien	1.011,9
Deutschland	983,7
Kanada	734,6
Mexiko	643,4
Vereinigtes Königreich	631,7

China, Indien, Brasilien, Mexiko: 2005

## Logib-D

## Die Lohnlücke im eigenen Haus aufspüren

Damit Unternehmen feststellen können, ob es in ihrer Belegschaft Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen gibt und woran das gegebenenfalls liegt, hat das Bundesfamilienministerium ein PC-Programm entwickelt. „Logib-D“ ermittelt die Gehaltsunterschiede detailliert und vergleicht jeweils Mitarbeiter mit gleicher Qualifikation, gleicher Berufserfahrung, gleicher hierarchischer Position und gleichen Anforderungen.

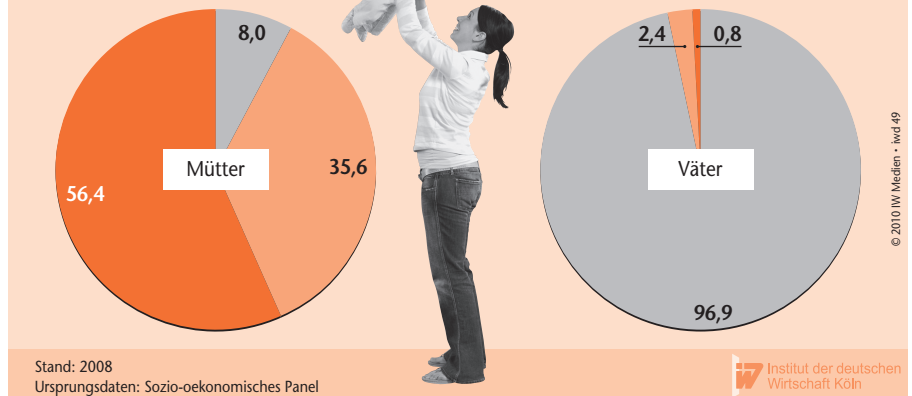
Frauen waren in den vergangenen Jahren die Gewinner auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Gleichwohl verdienen sie meist weniger als Männer. Darüber, wie groß die Lohnlücke wirklich ist, streiten sich die Experten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts betrug der Unterschied bei den Durchschnittsverdiensten von Männern und Frauen im Jahr 2009 rund 23 Prozent.

Allerdings gibt es in puncto Qualifikation, Berufserfahrung, Stellung im Unternehmen oder etwa Betriebszugehörigkeit Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Berücksichtigt man diese berufsrelevanten Merkmale, schrumpft die Lohndifferenz merklich. Das hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in einer kürzlich vorgelegten Studie gezeigt: Werden die Verdienste von Frauen und Männern so miteinander verglichen, beträgt der Abstand zwischen

### Babypause: Überwiegend Frauensache

So viel Prozent der Mütter und Väter haben ihre Erwerbsarbeit wegen Nachwuchs ... unterbrochen

gar nicht   höchstens anderthalb Jahre   mehr als anderthalb Jahre



den Geschlechtern nur noch 13 Prozent (vgl. iwd 45/2010).

Geht man davon aus, dass Frauen nach der Geburt eine Babypause von maximal anderthalb Jahren nehmen, gibt es sogar lediglich eine Lücke von 4 Prozent. Das ist allerdings noch relativ selten der Fall, wie eine Auswertung der Daten des Sozio-oekonomischen Panels zeigt (Grafik):

**Im Jahr 2008 hat über die Hälfte der Mütter in Deutschland ihre Erwerbsarbeit wegen der Geburt eines oder mehrerer Kinder um mehr als anderthalb Jahre unterbrochen. Bei den Vätern waren es nur 0,8 Prozent.**

Doch jenseits dieser Diskussion um die gesamtwirtschaftlichen Durchschnittswerte und deren Ursachen stellen sich viele Unternehmen ganz konkrete Fragen: Gibt es bei uns eine Lohnlücke? Falls ja, wie groß ist sie? Und was kann man dagegen tun?

Firmen, die die Lohnlücke im eigenen Haus aufspüren möchten, stellt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein Tool zur Verfügung, das kostenlos genutzt werden kann: das PC-Programm „Logib-D“ (vgl. iwd 33/2010). Das Kürzel steht für „Lohn-gleichheit im Betrieb – Deutschland“. Diese Gleichheit kann das Programm

zwar nicht herstellen, aber fördern. Der anonymisierte Selbsttest erfasst für die Mitarbeiter eines Betriebs über den Lohn hinaus relevante Daten zur Qualifikation, zur Dauer der Betriebszugehörigkeit, zum Anforderungsprofil einer Stelle, zur hierarchischen Stellung oder zu Erwerbsunterbrechungen und berechnet die bereinigte Lohnlücke. Damit ist der Lohnunterschied nicht verschwunden, kann aber nun analysiert werden – und lässt sich durch gezielte Gegenmaßnahmen reduzieren.

Abgerundet wird das Paket von Logib-D mit einer gezielten Beratungsdienstleistung für 200 interessierte Unternehmen, die ebenfalls kostenlos angeboten wird. Die ausgewählten Firmen erhalten dabei wertvolle Hinweise, wie eine stärker geschlechtsneutrale Entgeltstrategie umgesetzt werden kann. Auf längere Sicht ist das mit Blick auf den drohenden Fachkräftemangel ein wichtiges Argument, denn wenn Frauen die Wahl haben zwischen mehreren Arbeitgebern, dann werden sie sich sicherlich für solche entscheiden, die dem Thema Lohn-gleichheit besonderes Augenmerk widmen.

Weitere Informationen zum Thema unter: [www.logib-d.de](http://www.logib-d.de)

Für Adressaufkleber